

Beate Wilding

**Bericht der Oberbürgermeisterin
zu aktuellen Gemeindeangelegenheiten
in der Ratssitzung am 12. Februar 2009**

— Es gilt das gesprochene Wort —

Sperrfrist: Donnerstag, 12. Februar 2009, 16.15 Uhr

Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrten Damen und Herren,

in der zurückliegenden Ratssitzung hatte ich über die Situation der Warenhäuser SinnLeffers und Hertie in unserer Stadt unterrichtet. Während die Filiale des Bekleidungskaufhauses SinnLeffers auf der unteren Alleestraße am 28. Februar 2009 schließen wird, konnte die Schließung des Warenhauses Hertie in Lennep – vorläufig – abgewendet werden.

Weit über dem Üblichen liegende Mieten belasten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen.

Ich hoffe, dass es dem Insolvenzverwalter und der Geschäftsführung von Hertie gelingt, die Verhandlungen mit einem britischen Finanzinvestor als Vermieter zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Denn Hertie ist ein wichtiger Anker für den Einzelhandel in Lennep, weil das Warenhaus traditionell auch Kunden aus den Nachbargemeinden anspricht und an unseren Standort Lennep bindet.

Die traurige Entwicklung von SinnLeffers und die schwierige Situation von Hertie waren im vergangenen Jahr Vorboten der Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise, die sich zu einer Wirtschaftskrise ausgeweitet hat.

In der vergangenen Woche traf uns alle die Nachricht von der Insolvenz des Automobilzulieferers Edscha und wenige Tage später die Nachricht von der Insolvenz des Bauunternehmens Runkel.

In beiden Fällen habe ich mit den Insolvenzverwaltern gesprochen und stehe im ständigen Kontakt.

Mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung von Edscha stehe ich ebenfalls in engem Kontakt.

Eines ist klar: Edscha ist ein innovatives Unternehmen. Der Remscheider Firmensitz bündelt Vertrieb, Geschäftsführung und die Entwicklungsabteilung in unserer Stadt.

Gegenüber Frau Ministerin Thoben habe ich geäußert, dass der Erhalt des Remscheider Standortes auch im Interesse unseres Landes sein muß. Dabei besteht eine Konkurrenz zwischen Bayern und NRW, bei der wir – Kommune und Land – unsere Erwartungshaltung deutlich machen müssen.

Frau Ministerin Thoben und ich werden in Kürze über die Lage von Edscha sprechen.

Sehr verehrte Ratsmitglieder,

die wirtschaftliche Entwicklung stimmt niemanden von uns derzeit positiv. Nach vielen Jahren der wirtschaftlichen Stabilität und des Wachstums droht uns in diesem Jahr der stärkste Abschwung seit Bestehen der Bundesrepublik.

Das wirtschaftliche Gleichgewicht ist gestört.

Die Wirtschaftskrise hat alle wichtigen Weltmärkte zeitgleich getroffen. Die Automobilindustrie hat Umsatzrückgänge von mehr als 20 Prozent allein in Europa zu verkraften – es ist nicht untertrieben von einer Autokrise zu sprechen.

Damit schlägt die Wirtschaftskrise in Remscheid doppelt durch.

Die heimischen Unternehmen sind vom Export stark und der Automobilindustrie spürbar abhängig. Das Wirtschaftsklima trübt sich ein. Das trifft auch kleine und mittelständische Betriebe, die Zulieferer und Dienstleister sind. Selbst bereits zugesagte Aufträge werden storniert. Umsatzerwartungen werden nach unten korrigiert.

Auch das Handwerk spürt diese Entwicklung bereits deutlich.

Die Bundesregierung hat sich deshalb dazu entschlossen, ein zweites Konjunkturpaket aufzulegen.

Es richtet sich besonders an die Gemeinden.

Hier besteht ein enormer Nachholbedarf an Investitionen, nachdem die Finanzmittel hierfür in den zurückliegenden 15 Jahren deutlich zurückgefahren wurden.

Das trifft auch auf Remscheid zu.

Pauschalierte Zuweisungen des Landes – beispielsweise in Form der Bildungs- oder Sportpauschale – haben zwar einen kleinen Handlungsspielraum wieder eröffnet, dennoch besteht allein in Remscheid ein Investitionsbedarf in städtische Gebäude und Einrichtungen von mehr als 36 Millionen Euro in den kommenden zehn Jahren.

Das Konjunkturpaket eröffnet uns – nach der Modellrechnung des Landes – in diesem und im kommenden Jahr insgesamt zusätzlich 12,3 Millionen Euro Investitionen zu tätigen.

Die Verwaltung hat Ihnen heute einen Vorschlag unterbreitet, in welcher Weise dieses Geld zielgerichtet eingesetzt werden kann. Mehr als neun Millionen Euro sind dabei für die Bildungsinfrastruktur unserer Stadt vorgesehen.

Dieses Geld ermöglicht es beispielsweise, begonnene Sanierungsprojekte nicht nur zügig und unmittelbar fortzusetzen. Im Fall der Alexander-von-Humboldt-Realschule beispielsweise wird es gelingen, die Sanierung als Ganzes abzuschließen. Diesen Gestaltungsspielraum gilt es zu nutzen. Sie werden nun Gelegenheit haben, sich mit den Vorschlägen der Verwaltung zu befassen.

Ich schlage vor, die Umsetzung des Konjunkturprogramms in der zwischen den Fraktionen abgestimmten Sondersitzung des Rates am 19. März zu beschließen.

Der geplante Hauptausschuss am gleichen Tag entfällt.

Beim Lesen der Vorlage werden Sie feststellen, dass meine Verwaltung und ich besonderen Wert darauf legen, dass die Maßnahmen in das Konzept der Gesamtunterhaltung passen – aber auch – dass die Maßnahmen dem örtlichen Handwerk und den örtlichen Dienstleistern zugute kommen.

Das sichert unmittelbar Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Zugleich werden Mittel der Bildungspauschale freigesetzt, die in den kommenden Jahren gebunden waren.

Ich schlage vor, dieses Geld einer Rücklage zuzuführen, um gezielt Neu- und Erweiterungsbauten zu finanzieren.

Ich habe die Verwaltung beauftragt, für die Beschlussfassung des Rates und der zuständigen Gremien eine Maßnahmenplanung vorzubereiten, die unter anderem eine Aussage zum Bedarf, zur Machbarkeit und zur Finanzierung verschiedener Projekte trifft.

Dazu zählt die Ertüchtigung der Aula der Albert-Einstein-Gesamtschule als Mehrzweckhalle in Ergänzung der bereits in den Folgejahren vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen am Gebäude.

Dazu zählt die Ertüchtigung der Sporthalle Neuenkamp für den Schul- und Vereinssport und die Weiterentwicklung zu einer Wettkampfstätte, die den heutigen Bedarfen und Ansprüchen entspricht.

Dazu zählt die Beschleunigung des bestehenden – und erfolgreichen – Programms zur Erneuerung naturwissenschaftlicher Fachräume, über das hinaus, was nun mit den zusätzlichen Mitteln angepackt werden soll.

Dazu zählt die Ergänzung des bestehenden Angebotes von Schulsportstätten im Bereich des Stadtbezirks Alt-Remscheid durch Erweiterung bzw. Neubau, um den Bedarf für den Schulsport auch an Ganztagschulen zu decken.

Dazu zählt aber auch die Prüfung von Erweiterungsbedarfen im Zuge der Betreuungsangebote an Grundschulen und weiterführenden Schulen über den bisherigen und künftigen Umfang entsprechender Förderprogramme hinaus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in den kommenden Wochen und Monaten werden Rat und Verwaltung dieses millionenschwere Investitionspaket zu stemmen haben.

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gebäudewirtschaft und der weiteren betroffenen Dienste im Haus, die eine gute Vorarbeit geleistet haben.

Mein Dank gilt aber auch Ihnen, die Sie mit Ideen und Anregungen wertvolle Impulse gegeben haben. Und mein Dank gilt den Bürgerinnen und Bürgern, die ebenfalls Vorschläge an mich – an uns alle – herangetragen haben.

Wir haben uns bemüht, mit dieser Vorlage einen Konsens aufzuzeigen, der für den Bereich der sonstigen Infrastrukturmaßnahmen auch Handlungsspielräume eröffnet, die wir in den kommenden Tagen und Wochen zu diskutieren haben.

Ich lade Sie ein, mit mir und der Verwaltung über die Schwerpunkte und Zielsetzungen des Programms zu sprechen.

Ich bin mir sicher, gemeinsam können wir in diesem und im nächsten Jahr wichtiges und richtiges für unsere Stadt und ihre Menschen tun.

Sehr verehrte Ratsmitglieder,

dabei dürfen und können wir nicht vergessen, der Haushalt unserer Stadt ist immer noch in Schieflage. Wir beraten heute unter anderem auch über die Berichte des Rödl-Projektbüros aber auch der Gemeindeprüfungsanstalt.

Meine Verwaltung hat einen Vorschlag unterbreitet, wie beides miteinander verknüpft werden kann. Für mich ist es wichtig, dass die Aussagen der Gemeindeprüfung nicht in der Schublade verschwinden sondern in den bestehenden Prozess und in die Arbeit des Projektbüros eingesteuert werden.

Herr Mayer hat damit bereits im zurückliegenden Jahr begonnen. Der Lenkungsgruppe wird er hierüber im März berichten.

Einzelne Äußerungen in der bisherigen Debatte zur Haushaltssanierung kann ich nicht unwidersprochen lassen.

Da mußte ich lesen – ich zitiere – „Verwaltung kündigt die Einsparung von 62 Vollzeitstellen bis 2012 an – eine lächerliche Kleinigkeit“.

Meine Damen und Herren,

die zwischen mir und vier Fraktionen des Rates am 29. November 2007 geschlossene Vereinbarung sieht die Einsparung von 60 Stellen vor.

Dafür haben die Beteiligten klare Spielregeln vereinbart. Die Stellen sollen bis 2012 ersatzlos wegfallen. Für die Stellen wurde ein Durchschnittsbetrag von 40.000 Euro jährlich angesetzt. Daran hat sich meine Verwaltung gehalten.

Dabei ist für mich und den Verwaltungsvorstand klar: Wir sind damit noch nicht am Ende unserer Bemühungen. Auch für den Folgezeitraum 2012 bis 2016 gilt es ein ähnliches Paket schnüren, das dann jedoch – zwingend – Ergebnis einer flächendeckenden Aufgabenkritik sein muß.

Die Einführung des strategischen Controllings im Zentraldienst Verwaltungssteuerung wird dafür ein wichtiges Steuerungsinstrument sein, um im Zuge von NKF zielgerichtet organisatorisch und personalwirtschaftlich zu handeln.

Die Stadt Remscheid entwickelt als Pilotkommune gemeinsam mit dem Hersteller unserer Finanzsoftware eine EDV-gestützte Steuerung.

Das ist keine Einzellösung. Wir haben uns bewusst für diesen Weg entschieden, um möglichst viele Datensätze automatisiert und tagesaktuell übernehmen zu können. Nachdem „NKF“ flächendeckend „scharf“ geschaltet wurde, nutzen wir so die Möglichkeiten des neuen Rechnungswesens.

Dabei betritt Remscheid – wie alle anderen Kommunen auch – Neuland. Deshalb werden die erste Jahre mit NKF auch Jahre des Lernens und Verstehens sein. Das gilt für die Verwaltung – und genauso für den Rat. Die Arbeitsgruppe „Rechnungsprüfung“ ist ein gelungenes Beispiel für einen Lernprozeß, den wir nur gemeinsam bewältigen können.

Es kann und sollte hier kein Gegeneinander von Rat und Verwaltung geben, die sich zum Wohle unserer Stadt und der Bürgerinnen und Bürger als eine Einheit zu verstehen haben.

Meine Damen und Herren,

gemeinsam muß uns daran gelegen sein – jenseits von parteipolitischen Standpunkten – das kommunalpolitisch Sinnvolle und Machbare anzustreben. Das bedeutet nicht, auf Debatte und Diskussion zu verzichten. Es setzt aber gegenseitiges Vertrauen und Verständnis voraus.

Dabei wünsche ich mir, dass wir mehr miteinander als übereinander sprechen.

Dann ließen sich Mißverständnisse schneller klären. Zwei Mißverständnisse möchte ich hier nennen. Da las ich in den Medien das Zitat: „Die Stadt streicht 14 Stellen von Reinigungskräften, berechnet diese sehr großzügig mit bis zu 45.000 Euro Jahresgehalt.“

Vorab — keine Stelle einer Reinigungskraft wird mit einem Jahresgehalt von 45.000 Euro berechnet. Angenommen das wäre so, dann würde das einem Arbeitgeberbrutto – also einem Jahreseckwert – von 56.250 Euro entsprechen.

Das entspräche beispielsweise der Stelle eines Bezirksozialarbeiters.

Richtig ist – für eine Reinigungskraft beträgt der Eckwert auf Vollzeitbasis 34.000 Euro. Das entspricht einem Jahresgehalt von grob gerechnet 25.500 Euro. Bei den Stellen des 60-Stellen-Programms wurden die Stellen je nach Zeitanteilen berechnet. Eine halbe Stelle schlägt damit mit dem hälftigen Betrag von 17.000 Euro zu Buche.

Ich habe den Zentralen Reinigungsservice unabhängig hiervon beauftragt, eine aktuelle Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen. Zugleich wird geprüft, in welcher Weise und in welchem Umfang die von den Tarifvertragsparteien vereinbarte Entgeltgruppe 1 künftig für neue Beschäftigte im Reinigungsdienst der Stadt Remscheid gelten kann.

Über die Entwicklung in dieser Frage werde ich sie weiter unterrichten. In diesem Sinne erneuere ich mein Angebot des offenen Dialogs.

Unter Offenheit verstehe ich auch, die Stärke zu zeigen, einzuräumen, wenn etwas nicht so gelaufen ist, wie es hätte laufen sollen.

Ich meine die Diskussion über die zukünftige Unterbringung des Standesamtes.

Es ist richtig – meine Verwaltung prüft die Rückverlagerung des Standesamtes in das Rathaus. Eine entsprechende Vorlage ist in Vorbereitung.

Um Handlungsspielraum zu wahren und flexibel zu sein, wurde dann vereinbart, die Trauungen ab Mitte dieses Jahres in das Rathaus Remscheid zu verlagern. Das war erforderlich, um den Brautleuten eine sichere Zusage zum Ort der Trauung geben zu können.

Richtig ist auch, dass diese Information noch nicht an die Bezirksvertretung und den AUGO weitergegeben wurde.

Dass eine Vorabinformation nicht gelaufen ist — dafür möchte ich mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Rohrweck, und den Mitgliedern der Bezirksvertretung Lennep entschuldigen.

Die Beteiligung der Gremien wird selbstverständlich im Rahmen der Vorlage des Gebäudemanagements erfolgen.

Welche Gründe haben zur Überlegung einer Verlagerung geführt?

Da ist erstens:

Jeder von uns kennt den baulichen Zustand des Gebäudes Thüringsberg 20. Der historische Balkon des denkmalgeschützten Gebäudes ist marode, darf nicht mehr betreten werden und ist seit mehreren Jahren umzäunt. Bereits ohne die Kosten für die Balkonsanierung beläuft sich der aktuelle Sanierungsbedarf auf mehr als 315.000 Euro.

Zweitens:

Die Flächenbilanz des Standesamtes ist ungünstig. 190 Quadratmeter genutzter Bürofläche steht eine Gesamtfläche von 552 Quadratmetern gegenüber. Mehr als 60 Prozent der Gebäudeflächen dienen also als Verkehrs- und Lagerflächen.

Bei einem Umzug in das Rathaus reduziert sich die genutzte Bürofläche um 40 Quadratmeter ohne die Funktionsfähigkeit des Fachdienstes zu beeinträchtigen. Im Zuge des Reform des Personenstandswesen werden größere Aktenbestände an das Archiv abgegeben.

Dem Flächen- und Raummanagement kommt künftig eine zentrale Rolle bei den generellen Bemühungen zu, die von der Verwaltung genutzten Flächen zu optimieren und zu reduzieren. Dabei arbeitet das Gebäudemanagement eng mit dem Zentraldienst Personal und Organisation zusammen.

Konkret bedeutet dies: Zum Jahresende 2008 verfügte die Stadtverwaltung über knapp 39.000 Quadratmeter Bürofläche. Gegenüber dem gleichen Stichtag 2007 war das ein Rückgang um 855 Quadratmeter oder 2,2 %.

In 2009 sind weitere Optimierungsschritte vorgesehen, perspektivisch soll der Flächenverbrauchs auf 37.000 Quadratmeter gesenkt werden.

Da ist drittens:

Es liegen fünf Interessensbekundungen zum Erwerb des historischen Denkmals auf dem Tisch der Liegenschaftsverwaltung. Eine Veräußerung des Gebäudes erscheint also realistisch und zeitnah möglich. Gerade auf letzteres lege ich besonderen Wert. Zugleich ginge die Veräußerung mit einer Renovierung und Sanierung des Gebäudes durch den neuen Eigentümer einher.

Der Erhalt von Baudenkmalern wie der Böker-Villa an der Schüttendelle, der Gebäude Thüringsberg 18 und 18a wird bereits auf ähnliche Weise sichergestellt.

Viertens:

Die Dienstleistungen des Standesamtes werden ausgeweitet. Im Rathaus könnten Trauungen im kleinen Trauzimmer im Erdgeschoß, im – dafür ertüchtigten – kleinen Sitzungssaal und im Turmzimmer angeboten werden. Damit verbessert die Stadt die räumlichen und zeitlichen Möglichkeiten für Brautpaare und ihre Gäste. Die Ratsküche und die Verkehrsflächen im Erdgeschoß und zweiten Geschoß – also vor dem Ratssaal – können ohne Beeinträchtigung des allgemeinen Dienstbetriebes mitgenutzt werden. Letzteres würde eine deutliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Situation darstellen.

Fünftens:

Ich habe bei den Überlegungen besonderen Wert darauf gelegt, auch in den Stadtteilen Lennep und Lüttringhausen attraktive Trauorte anzubieten. In Lüttringhausen ist dies der historische Ratssaal, in Lennep könnte dies – nach Prüfung – das Deutsche Röntgen-Museum und das Geburtshaus Röntgens am Gänsemarkt sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe in fünf Punkten die Überlegungen meiner Verwaltung zusammengefasst. Ich bitte Sie, bei der Beratung über die noch folgende Vorlage diese Perspektiven zu berücksichtigen. Eine Verlagerung des Standortes vom Thüringsberg zum Theodor-Heuss-Platz — — ich sage bewusst nicht von Lennep nach Remscheid — — dient dazu, wirtschaftlicher zu arbeiten und die Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Die Verwaltung bleibt in Lennep durch die Stadtteilbibliothek, das Röntgen-Museum und den Allgemeinen Sozialen Dienst weiterhin vertreten und präsent.

Lennep wird auch nicht von Investitionen abgeschnitten. Dagegen spricht nicht nur der morgige Spatenstich für den zweiten Bauabschnitt des Röntgen-Museums. Dagegen spricht auch, dass in die Offenen Ganztagsgrundschulen Lenneps seit 2004 mehr als eine Million Euro investiert wurden.

In meinem Konzept zur Umsetzung des Konjunkturpakets sind weitere 1,2 Millionen Euro Investitionsmittel für die Lenneper Schulen vorgesehen. Diese Gelder sind gut investiert, weil eine Investition in Bildung immer noch die beste Rendite erbringt.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

ich habe gestern den Leiter der Hessischen Berufsakademie, Frankfurt, mit seinen Mitarbeitern in Remscheid begrüßen können. Hinter der Hessischen Berufsakademie steht als Träger eine gemeinnützige Stiftung aus Essen, die bereits seit Mitte der 50er Jahre Bildungseinrichtungen für die Wirtschaft unterhält und der neben den verschiedenen Verbänden der Wirtschaft so bedeutende Unternehmen wie ThyssenKrupp und Siemens angehören.

Die Hessische Berufsakademie möchte ihr Angebot um einen Standort Remscheid erweitern und hat sich gestern Vertretern der Unternehmerschaft auf meine Einladung hin vorgestellt.

Immer wieder sind Forderungen erhoben worden, die unternehmensbezogene Weiterbildung in Remscheid zu stärken und weiterzuentwickeln.

Dies war auch Gegenstand eines Workshops der WiJus Remscheid im April vergangenen Jahres. Dort war zunächst Ziel, eine öffentliche Fachhochschule mit Unterstützung des Landes und in Abstimmung mit der Bergischen Universität nach Remscheid zu holen.

Ich habe, gemeinsam mit meinen Kollegen Peter Jung aus Wuppertal und Franz Haug aus Solingen, beim Land für eine zusätzliche Bildungseinrichtung im Bergischen geworben.

Die Bergische Entwicklungsagentur hat die Bewerbung für einen der neuen Standorte von Fachhochschulen beim Land in unserem Namen abgegeben. Leider haben wir keinen Zuschlag erhalten.

Das bedauere ich sehr.

Zumindest auf direktem Weg besteht also keine Möglichkeit eine Fachhochschule in Remscheid zu etablieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

um die berechtigten Forderungen der regionalen Wirtschaft nach einer unternehmensbezogenen Bildungseinrichtung in der Region weiter zu verfolgen habe ich im Sommer 2008 eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in der verschiedene Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Verbänden sehr konstruktiv und zielgerichtet nach Alternativen gesucht haben.

Dabei wurde Übereinstimmung erzielt, dass eine Berufsakademie in unserer Stadt eine Alternative zu einer öffentlichen Fachhochschule darstellen kann.

Sie würde das bestehende Angebot im Bergischen Land passgenau ergänzen und könnte – aus meiner Sicht – zugleich ein Einstieg in den Aufbau einer privaten Fachhochschule zu einem späteren Zeitpunkt sein.

Bei der Suche nach einem geeigneten Kooperationspartner für das Projekt einer Berufsakademie bin ich dann in Kontakt zur Hessischen Berufsakademie getreten.

Die BA überzeugt durch ihr flexibles und – vor allen Dingen – zielgerichtetes Angebot.

Dabei orientiert sie sich an den Bedarfen der Wirtschaftsregion, — so wie sie es bereits an Standorten in NRW erfolgreich bewiesen hat.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

ich habe sehr frühzeitig Herrn Professor Koch als Rektor der Bergischen Universität über meine Gespräche mit der Hessischen Berufsakademie informiert.

Mir war und ist es wichtig —, deutlich zu machen, dass hier kein Konkurrenzangebot zur Universität entstehen soll.

Vielmehr möchte ich mit der Berufsakademie ein Angebot entwickeln, das sich auch und gerade an Auszubildende und Berufstätige richtet, denen der Zugangsvoraussetzungen zu den Hochschulen fehlen.

Damit können wir Menschen an unsere Region binden – und wir können Menschen in unsere Region ziehen.

Herr Professor Koch zeigte sich interessiert und hat mir die Bereitschaft der Universität zur Zusammenarbeit zugesagt.

Meine Damen und Herren,

wichtig ist für mich, neben der klassischen Hochschullaufbahn vor Ort auch andere Bildungsmöglichkeiten mit akademischem Abschluss anbieten zu können, die ein duales Studium mit hohem Praxisbezug und einen berufsbegleitenden Studiengang sowohl für Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistung ermöglichen.

Alles das bietet die Hessische Berufsakademie – bereits heute an anderen Standorten mit großem Erfolg – an.

Unsere Region muss sich darauf einstellen, im Zuge des demographischen Wandels zunehmend mit den Metropolregionen um qualifizierten Nachwuchs zu konkurrieren.

Diesen Wettbewerb können wir nur erfolgreich gestalten, wenn wir Bildung vor Ort organisieren.

Dabei stehen Fachhochschule und Berufsakademie nicht im Widerspruch – erst recht im Wettbewerb untereinander.

Das Beispiel des Standortes Essen beweist, wie die Berufsakademie sich zum ersten richtigen Schritt – hin zu einer Fachhochschule erwies.

Weg und Ziel stimmen also. Wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen.

Die Berufsakademie Remscheid wird nur dann entstehen können, wenn alle – Politik, Unternehmen, Verbände und Bildungsstätten – gemeinsam in einer Richtung streben.

Hier braucht es Geschlossenheit und Kooperationsbereitschaft. Wenn wir beides als Stadt und Region aufbringen, werden uns die weiteren Schritte leicht gelingen. Dann wird aus der Idee einer Berufsakademie eine weitere Bildungschance für die Menschen im Bergischen Land.

Dann kann aus der Keimzelle der Berufsakademie die Vision einer Fachhochschule in unserer Stadt mit Leben erfüllt werden.

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

es bietet sich eine konkrete Chance zum Ausbau der bestehenden Bildungslandschaft.

Mit dem Aufbau einer Berufsakademie eröffnet sich ein weiteres Angebot zur beruflichen Weiterbildung für alle Wirtschaftsbereiche unserer Stadt und unserer Region.

Deshalb habe ich mich nach dem gestrigen Abend dafür entschieden, die Hessische Berufsakademie weiterhin aktiv bei der Bildung eines regionalen Netzwerks im Zuge des neuen Standorts Remscheid zu unterstützen.

Deshalb sind erste Informationsveranstaltungen für Interessenten in diesem Hause bereits in Absprache mit der Hessischen Berufsakademie vereinbart.

Mir ist der Spatz in der Hand wichtiger als eine Taube, die sich vielleicht einmal später auf unserem Dach niederlässt.

In diesem Bild spiegelt sich das Selbstverständnis des bergischen Landes wieder – lassen Sie uns nicht reden oder im stillen Kämmerlein träumen – sondern handeln!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

seit mehr als neun Monaten nimmt Herr Stadtdirektor Mast-Weisz die Funktion als Stadtkämmerer – neben seinen eigentlichen – dienstlichen Aufgaben wahr.

Er hat diese Funktion in schwieriger Zeit übernommen und sich mit Interesse und Engagement in die neue Materie eingearbeitet.

Dafür gebührt ihm Dank und Anerkennung.

Gleiches gilt für Herrn Dr. Henkelmann, der neben seiner Verantwortung für das Dezernat 3 auch Teile des Fachdezernates 1 in dieser Zeit betreut hat.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachdezernates 1 danke ich für Ihre Unterstützung in dieser Phase des Übergangs.

Nach Beratungen mit den Fraktionen und den Ratsmitgliedern schlage ich heute, die Wahl von Frau Schütte zur Kämmerin vor. An dieser Stelle freue ich mich, Sie — liebe Frau Schütte — herzlich willkommen zu heißen.

Meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Herausgeber

Stadt Remscheid, Die Oberbürgermeisterin, ZD 0.13, 42849 Remscheid